

Zeitschrift: Nebelspalter : das Humor- und Satire-Magazin
Band: 120 (1994)
Heft: 34

Artikel: Endlich ist die Sommerpause zu Ende : nun sind sinnmutige Taten gefragt! : deregulieren und privatisieren wir das ganze Land!
Autor: Kreis, Boris / Orlando [Eisenmann, Orlando]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-609483>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 17.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Endlich ist die Sommerpause zu Ende. Nun stimmige Taten gefragt!

VON Boris Kreis

Die Politik ist auf den Hund gekommen, die classe politique ebenso; wir haben das in den letzten Wochen oft genug gehört und gelesen. Tragisch daran ist, dass es kein Ende nimmt mit der Talfahrt der schweizerischen Politik, dass keiner bremst, sondern alle beschleunigen. Statt zu regieren, prügeln sich die Mitglieder der Regierung und des Parlamentes darum, wer schuld ist an der Misere.

Die Sozialdemokraten – stets seilanzend zwischen Opposition und Regierungsverantwortung – schieben die Schuld den Bürgerlichen zu, die Bürgerlichen unter sich den Rechtsbürgerlichen und diese, den Sieg auf ihrer Seite wissend, den Linken. Diese wiederum weisen jegliche Verantwortung von sich – schliesslich gehören Sie zur Opposition, was sie auch dann noch glaubten, wenn alle Bundesräte ein rotes Parteibuch besässen.

So beginnt die Schwarzpeterschieberei stets von neuem, und wenn das langweilig wird, schiessen sich die Parteien auf Namen ein: Kurz nach der Abstimmung hiess der Sündenbock Christoph Blocher, vorgestern Adolf Ogi, gestern war es Otto Stich, und schon morgen wird irgendein anderer Name herumgereicht werden, der die schweizerische Politik zu Tode reitet – offiziell. Inoffiziell, ausserhalb von Politikerkreisen, ist die Politik – respektive deren Ansehen – längst begraben worden, und alle – mit Ausnahme der Parteien, ihren Predigern und Gläubigen – haben das gewusst, geduldet oder verdrängt.

Irgendwer, denken sich die meisten Insassen dieses schlängelnden Schiffes, irgendwer wird's schon richten, und wenn nicht, geht es eben anders weiter. Butter aufs Brot gib's mit oder ohne EU-Mitgliedschaft, und aufgeblasene Nullen tanzen auch anderswo auf dem politischen Parkett. Schauen Sie doch

mal ins Ausland: Kohl, Berlusconi, Mitterrand; alle sind sie vom selben Kaliber, und das ist nicht gross. So ist es dem Volk recht eigentlich gleichgültig, ob die hohen Damen und Herren der Schweizer Politik in den Ferien weilen oder im Amt nicht regieren. Solange das Benzin nicht teurer wird, die Steuern nicht steigen und unsere Kühlschränke voll sind, lässt sie der politische Reigen in Bern kalt. Das muss wohl so sein, denn irgendwer hat ja noch dafür zu sorgen, dass gearbeitet wird in diesem Land, dass der Aufschwung stattfindet und der Wohlstand nicht vor die Hunde geht.

Vergessen Sie die Regierungsreform

Sie haben recht, so weitergehen kann es auf die Dauer doch nicht. Mit einem Schritt nach vorn und zwei Schritten zurück kommen wir nicht weiter auf dem Weg in die Zukunft. Es muss etwas geschehen in der schweizerischen Politik, und zwar möglichst rasch.

Vergessen Sie die Regierungsreform, zumindest jene, die schon seit Jahren im Bundeshaus in Schubladen vor sich himmotet, weil keiner auch nur ein winziges Stück seines Machtkuchens abtreten will. Schlagen Sie sich ebenfalls auf dem Kopf, nach den nächsten Wahlen werde alles besser. Es gibt nur eine Lösung für die Schweiz: das Land muss vollständig dereguliert und privatisiert werden.

Halten Sie sich das Beispiel PTT vor Augen. Alle Bemühungen, den vor sich hinmordenden Mammutbetrieb auf Vordermann zu bringen, sind gescheitert; nun wird der Laden dereguliert und nach marktwirtschaftlichen Kriterien geführt. Was keinen Gewinn einbringt, soll der Bund künftig erledigen bzw. durchfüttern, der Rest bleibt im Unternehmen. Genau dieses Prinzip muss auf die ganze

Deregulieren und privatisieren wir das ganze Land!



Eidgenossenschaft angewandt werden. Es gilt, den Koloss zu entschlacken, Entscheidungskompetenzen nach unten zu delegieren, unnötige Gesetze fallenzulassen und sich von Überflüssigem zu trennen.

Im Ansatz wird das bereits heute gemacht: Nachdem sich das Volk gegen den EWR entschieden hat, wollen einzelne Kantone und sogar Städte direkt mit Brüssel verhandeln, die Kantonsregierungen haben sich längst zu einer Konferenz der Kantone – zu einem zweiten Bund also! – zusammengeschlossen, es bestehen Vereinigungen von gleichgesinnten Gemeinden und Gruppierungen, kurzum: die angestrebte neue Struktur besteht bereits heute als informelle Substruktur.

Wozu also erhalten wir den Bund am Leben, wenn sich alle an ihm vorbeimogeln und sich darüber ärgern, eigene Probleme nicht lösen zu können, weil Bern dazwischensteht? Nehmen wir die Stadt Zürich und deren Drogenproblem als Beispiel. Stünde den Zürchern nicht das zögerliche Bern im Weg, wären die Verhältnisse am Lettensteg nicht halb so schlimm! Ein anderes Beispiel illustriert das heutige Malaise ebenso: Während die erleichterte Einbürgerung für Ausländerinnen und Ausländer auf Bundesebene vom Volk abgeschmettert worden ist, zeigen sich einzelne Gemeinden und Städte ausländerfreundlicher, manche räumen sogar nicht eingebürgerten Einwohnerinnen und Einwohnern das Stimmrecht auf lokaler Ebene ein.

Zugegeben, die Deregulierung und Privatisierung der Eidgenossenschaft löst nicht alle Probleme; ein führungsunfähiger Bund allerdings gar keine. Die Aufteilung der Schweiz in autonome Profitcenter – ja

wohl, die sind alle gewinnorientiert –, stellt uns zwar vor wichtige und auch heikle Fragen, doch sind diese für Land und Leute gleichzeitig eine grosse Herausforderung, ausserdem wird es den einen dadurch ermöglicht, vorwärtszugehen, derweil die andern beim Bewährten verharren können.

Bricht die Schweiz auseinander? ...

Schauen wir dieser Utopie unerschrocken ins Antlitz, erkennen wir eine weitere Hürde: Die Schweiz bricht auseinander, die Aufteilung in verschiedene Profitcenter ist beinahe unmöglich, weil die Interessen selbst benachbarter Gebiete weit auseinanderklaffen. Auch das ist überwindbar, denken Sie nur ans vernetzte Denken! Wer sagt denn, die bisherige Aufteilung in Kantone und Gemeinden sei beizubehalten? Niemand. Zusammenschliessen soll sich, wer gemeinsame Interessen vertritt. So könnte ein Profitcenter beispielsweise die europafreundlichen Städte Zürich, Basel und Genèf umfassen, die alle drei auch der Armeeschaffung zugestimmt haben. In einem anderen Verbund könnten sich die konservativen Stände zusammenschliessen, sie dürften die Armeebestände der waffenfreien Zonen übernehmen, und schliesslich sind selbst Profitcenter von Linken und Netten, Neutralen und Unabhängigen etc. denkbar.

Allfällige Umsiedlungen – sollten sich beispielsweise alle Sozialdemokraten in La Chaux-de-Fonds niederlassen wollen – dürfen uns nicht davon abhalten, weiträumige Verbunde zuzulassen; sie erschliessen ein beinahe unermesslich grosses wirtschaftliches Entwicklungspotential, und das kommt wiederum dem ganzen Unternehmen Schweiz zugut.

«Schön», sagen Sie sich nun, «das tönt alles recht verlockend und mag die Schweiz auch aus

ihren verkrusteten Strukturen reissen. Was aber geschieht mit den sozialen und gemeinwirtschaftlichen Leistungen?» Die Antwort lautet: Ebenfalls privatisieren. Erinnern Sie sich an die Diskussion um die Entsorgung des radioaktiven Schrotts? Seit bekanntgeworden ist, dass am Wellenberg plötzlich Millionen sprudeln, reissen sich die Gemeinden um jegliche Art von Abfall. Selbst neue Atomkraftwerke liessen sich problemlos in gewissen Regionen – zum Beispiel im Kanton Aargau.

Selbstverständlich bliebe die eine oder andere – angebliche – Errungenschaft unseres sozialen Staates auf der Strecke. Das ist beim Vorbild PTT aber nicht anders. Oder glauben Sie im Ernst daran, dass in fünf Jahren noch ein Postauto ins Safiental fahren wird, dessen Fahrpreise für die Bevölkerung erschwinglich sind? Oder dass sich noch irgendwer eine Zeitung (kein Massen- bzw. Monopollblatt) leisten kann, wenn Kleinverlage die von der Post nicht mehr subventionierten Taxen vollauf ihre Leserschaft überwälzen? Zum Thema AHV sei nur erwähnt, dass dieses Unternehmen bereits heute an seine Grenzen gestossen ist. Sich weiterentwickeln heisst schliesslich auch, loslassen können. Wer leistungsfähig werden will, muss Ballast abwerfen, und darf dabei nicht zimperlich sein. Eine Privatisierung der Eidgenossenschaft ist die einzige Möglichkeit, dieses Land voranzutreiben.

... oder ist das bereits geschehen?

Was werfen Sie ein? Das sei alles nicht durchführbar, weil ein ungläubliches Gezänk anheben und das Volk zerreißen werde?

Diesem Einspruch wird nicht stattgegeben, sagen wir im Einklang mit allen Experten. In diesem Land wird schon seit geraumer Zeit nur noch gestritten. Und zerissen ist das weiland einig Volk von Brüdern längst.

«Zum Ersten, zum Zweiten und zum Dritten»: Otto Stich bald als Liquidator der Eidgenossenschaft?